

„Hände weg vom Eigentum“ titelte Springers BILD in der Krise 2009. Doch die Masse der Menschen wird durch den Kapitalismus der Großkonzerne immer mehr enteignet: durch den, als Privatisierung getarnten, Raub öffentlichen Eigentums, durch Erhöhung von Verbrauchssteuern und die inflationären Tendenzen der Weltwirtschaftskrise, durch die brutale Enteignung von Hunderten von Millionen Kleinbauern mittels einer profitgierigen, umweltzerstörerischen Agrarindustrie. Vor allem in den USA und Spanien wurden und werden Millionen Menschen aus ihren Häusern vertrieben, aber die raffgierigen und bankrotten Kreditgeber werden immer wieder mit Milliarden von Steuergeldern gerettet. Die Meinungsmacher im Dienst der großen Medienkonzerne kennen freilich nur eine Enteignung: die ihrer Kapitalherren und Werbekunden. Die wird als linksradikales Teufelswerk verketzert. Es wird wohl nicht mehr lange dauern, bis unsere postdemokratische Wirtschaftsdictatur auch das Grundgesetz entsprechend umdeutet, „modernisiert“ und „reformiert“.

– die Medienkonzerne und das Grundgesetz

VERFASSUNGSBESTIMMUNGEN ZU EIGENTUM UND DESSEN SCHRANKEN

1. Wortlaut der entsprechenden Bestimmungen aus Grundgesetz und Landesverfassung NRW

Art. 14 GG

- (1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
- (2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
- (3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Art. 15 GG

Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Art. 27 Verf. NRW

- (1) Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden.
- (2) Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht missbrauchen, sind zu verbieten.

OCCUPY TOGETHER BOCHUM

Wahn und Wirklichkeit

OCCUPY TOGETHER BOCHUM Umverteilen? - Ja, sicher! Aber dann?

WER entscheidet, wo das Geld hingehet?

Die gleichen Personen, die jetzt für die Krise verantwortlich sind? Lobbyismus und Eigeninteresse würden den gesellschaftlichen Reichtum schnell wieder in gewohnte Bahnen lenken!

WOHIN fließen die eingegangenen Gelder?

In den Schuldenabbau? Bei wem hat der Staat denn Schulden? Hauptnutznießer wären doch nur wieder die großen Kapitaleigentümer und die Banken!

WOFÜR werden die Einnahmen verwendet?

Für öffentliche Einrichtungen, Bildung, den sozialökologischen Umbau? Oder als Krisenhilfen für Großbanken und Großkonzerne, für Rüstungsindustrie und Agrarindustrie?

WAS kann man tun, um Missbrauch zu verhindern?

Für den Erhalt der Gemeingüter im Interesse der Erwerbsabhängigen Druck machen, auf der Straße, in den Gemeinden, an den Arbeitsplätzen. Wir brauchen eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der wir dafür sorgen, dass nicht die Geschäftsinteressen Weniger die Lebensgrundlagen vieler beeinträchtigen!

WIE kann eine lebenswerte Gesellschaft erreicht werden?

In Zeiten der Krisen und des Umbruchs können das nur alle Menschen gemeinsam durch ihr politisches Engagement tun. Dazu müssen sie sich über die gesellschaftlichen Probleme informieren, Interessengegensätze in öffentlichen Debatten austragen, demokratische Entscheidungen für den solidarisch-ökologischen Systemumbau der Wirtschaft treffen.



Fortsetzung von den Innenseiten:

Jeder, der sich für die Verwirklichung der Menschenrechte, für selbstbestimmte Arbeitsverhältnisse in einer bedürfnisorientierten und ökologischen Weltwirtschaft einsetzt, ist heute nicht mehr allein, nicht mehr in seinen nationalen Containern isoliert, sondern Teil einer weltweiten Bewegung, hat Teil an der Hoffnung von Milliarden Menschen auf eine gerechtere Welt.

WE ARE THE 99%

Occupy Bochum - Offenes Treffen zum Mitmachen. Jeden Montag um 19.00 Uhr im Sozialen Zentrum, Bochum, Josephstr.2. Besuchen Sie uns auf unserer Seite: www.occupybochum.de

Spendenkonto: Kontoinhaber: Freiraum Bochum e.V.; Stichwort: Occupy Bochum; Konto: 307770801; BLZ: 43060129; Volksbank Bochum

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Fakt ist: in den nächsten 10 Jahren sollen Leistungen der Stadt Bochum für ihre Bürgerinnen und Bürger um insgesamt 150 Millionen Euro wegfallen, schlechter oder teurer werden. Hierüber besteht Einvernehmen zwischen SPD, CDU und Grünen. Muss das so sein?

Weder die schon fast vergessene weltweite Finanzkrise noch die aktuelle europäische Schuldenkrise sind Naturereignisse: Auch wenn kein Mensch diese Krisen absichtlich herbeigeführt hat: Die derzeitige Wirtschaftskrise, ihr Verlauf, ihre Wahrnehmung und Darstellung in der Öffentlichkeit werden von vielen „interessierten“ politischen Akteuren „beeinflusst“: den Banken, Großkonzernen, Kapitalbesitzern, gewählten Regierungen, nicht gewählten Kommissaren und nicht zuletzt den Meinungsmachern in den Medienkonzernen.

Wir, die große Mehrheit der Bevölkerung, sollen zahlen. Und wir werden das auch müssen, wenn wir uns nicht in

die Debatte einmischen und unseren Protest auf die Straße bringen! Die Verarmungsprogramme, die die „Troika“ genannten Wirtschaftsdiktatoren jetzt durchzusetzen versuchen, sind nicht nur empörend, weil sie die Schwächsten der Gesellschaft bluten und die Reichen, Konzerne, Banken und Kapitalbesitzer praktisch ungeschoren lassen, sondern vor allem, weil letztere, die großen Wirtschaftsakteure, ganz eindeutig die unmittelbar und wahrhaft Haupt-„Schuldigen“ an der Entstehung und dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise waren und sind.

Deren jahrzehntelange „Geschäftemacherei“, an der sogenannte „sozialdemokratische“ Parteien in ganz Europa nach Kräften mitgewirkt haben (nicht zu vergessen grüne und andere Hilfstruppen), hat dazu geführt, dass die Einkommens- und Vermögensverteilungen immer extremer geworden sind. Die Schere zwischen Arm und Reich ist auch bei uns immer weiter auseinandergegangen.

Fakt ist: Hatte bereits die Kohl-Regierung die ersten Finanzmarktförderungsgesetze eingeführt und auf die Vermögenssteuer verzichtet, so setzte Rot-Grün unter Schröder die Finanzmarktförderung fort, begünstigte die bei der Veräußerung von Kapitalbeteiligungen entstehenden Gewinne steuerlich, senkte die Erbschaftsteuer und den Spitzensteuersatz bei der Einkommenssteuer und vieles mehr.

Vor dem Hintergrund solcher Vermögens- und Einkommensverteilungen und einer jahrzehntelangen weltweiten kapitalistischen Misswirtschaft, die Billionen verspekuliert hat, die die Armut und Umweltzerstörung immer größer werden lässt, ist es eine empörende Unverschämtheit, der Öffentlichkeit weismachen zu wollen, durch weitere Kürzungen bei Sozialhilfen, Renten und Niedriglöhnen ließe sich die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise oder auch nur die euro-

Weiter auf den Innenseiten:

Umverteilen - aber richtig!

Fortsetzung von der ersten Seite:

päische Verschuldungskrise lösen. Kann es sein, dass die Verantwortlichen die selbst bewirkten öffentlichen Überverschuldungen benutzen, um das Lieblingsprojekt der Neoliberalen, die Liquidierung des Sozialstaates, endlich zu vollenden, indem sie an den Griechen ein Exempel für alle anderen unbotmäßigen Bevölkerungen statuieren? Kann es sein, dass sie jetzt die Gelegenheit für günstig halten, ihre „Strukturreformen“ durchzusetzen: Sonderwirtschaftsbereiche in Südeuropa, Niedriglohnssektoren überall, endgültige Abschaffung aller sozialstaatlichen Institutionen, Raub der Gemeingüter (der öffentlichen Räume, Kultur- und Bildungseinrichtungen, Verkehrs- und Fernmeldeetze, der kulturellen Reichtümer, der Vielfalt der Natur, des Wassers)? **Vielleicht sind auch Sie empört über diese Politik. Vielleicht sind Sie resi-**

gniert der Meinung, dass wir, die „einfachen Leute“, gegen die Interessen der großen internationalen Konzerne und Kapitalbesitzer nichts ausrichten können. Aber wir sollten den Kapitalherren wenigstens zeigen, dass wir uns nicht für dumm verkaufen lassen. Wir sollten ihnen zeigen, dass wir ihnen nicht glauben, dass auf dem reichsten Kontinent der Welt keine Mittel da sein sollen, um Kinder vernünftig zu versorgen und alten Menschen einen Lebensabend in Würde zu ermöglichen. Wir sollten ihnen zeigen, dass wir ihnen nicht glauben, wenn sie uns immer wieder das Märchen davon erzählen, wie „alle Deutschen“ durch die unerbittlich tickende Schuldenuhr der Staatsverschuldung immer ärmer werden und uns gleichzeitig vermeinlichen, dass immer weniger Reiche immer reicher werden. Wir wissen, dass die Mächtigen seit jeher

nichts so sehr fürchten, wie das Misstrauen und vor allem den aktiven Widerstand ihrer Untergebenen. **Darum demonstrieren Sie mit uns! Schließen Sie sich der „Umfairteilen“-Kampagne an. Informieren Sie sich! Die Kapitalherren sollen ihre Verschuldungskrisen-Suppe selbst auslöffeln. Fordern Sie mit uns eine entsprechend Umverteilung der Vermögen: eine Vermögensabgabe, eine Vermögenssteuer, die Schließung der Steueroasen, die sofortige Einführung einer Finanztransaktionssteuer!** **Fordern Sie mit uns einen Schuldenaudit, also ein Verfahren zur Offenlegung der Verbindlichkeit eines Staates und der Prüfung ihrer Legitimität und Legalität.** Wir vermuten, dass eine derartige Umverteilung nur die größten Ungerechtigkeiten der herrschenden Krisenbearbei-

tung beseitigt: Die Vermögenden werden an der Sanierung der öffentlichen Haushalte angemessen beteiligt, die Parlamente erhalten zumindest die Chance, Politik zum Wohle der Allgemeinheit zu machen, die Gemeingüter werden besser vor dem Zugriff privater Profiteure geschützt, der Druck auf die Lebenssituation der Erwerbsabhängigen wird vermindert. Wir sind uns im Klaren, dass mit einer Zurückverteilung der Geldvermögen nicht die Ursachen der Wirtschaftskrise verschwunden sind. Der derzeitige „Klassenkrieg“ der Reichen gegen die Armen, wie der Milliardär Warren Buffett es ausdrückte, wird weiter wüten, solange es nicht gelingt, die gesellschaftliche Verwendung menschlicher Arbeit, kultureller und natürlicher Ressourcen unter demokratische und solidarische Kontrolle zu stellen. Dazu bedarf es mehr als einer gesellschaftlichen Umverteilung von Geld. Dazu bedarf es neben einer aktiven Demokratie auch die Entwicklung einer Lebensform, in der die Freiheit des Einzelnen auf der Freiheit aller Anderen beruht, ohne die derzeitige exzessive Vergeudung globaler Ressourcen zu Lasten der Armen der Welt! Vielleicht glauben Sie, dass das bloß Utopien sind. Vielleicht meinen Sie, gegen die zerstörerische Effizienz der kapitalistischen Realität könne eine Wirtschaftspolitik nicht bestehen, die sich für die Entwicklung der Gemeingüter, für die Abschaffung der Armut und für die Reduzierung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeiten zugunsten von selbstbestimmten Lebensverhältnissen aller Gesellschaftsmitglieder einsetzt. Vielleicht. - Sicher ist, wir müssen etwas tun, denn eine bessere Alternative wird nicht vom Himmel fallen. **Sicher ist, dass eine Lebensform mit gerechterer Partizipation, mit mehr freier Zeit, mit weniger Verbrauch stofflicher Ressourcen keine Umsetzungschance hat, wenn wir nicht zumindest zum Ausdruck bringen, dass wir eine solche Lebensform wollen!** Die sozialen Proteste überall in der Welt (von den USA bis Russland, von Chile bis Israel, von Spanien bis China) machen deutlich, dass in unserer Welt globaler Kommunikation es keinem Regime mehr so einfach gelingt, demokratisches Engagement zu unterdrücken.

Fortsetzung auf der Rückseite:

Vorschlag einer Vermögensabgabe von Ver.di-Gewerkschaftschef Frank Bsirske: „Privatvermögen von mehr als einer Million Euro pro Erwachsenen einmalig mit einem Satz zwischen 20 und 30% zu besteuern, gestreckt auf einen Zeitraum von zehn Jahren. Dieses Modell würde nur ein Prozent der Deutschen belasten und dem Bund knapp 300 Milliarden Euro einbringen.“ (SZ 18.08.12)

„Reiche zur Kasse, bitte“ Artikel-Überschrift in der Süddeutschen Zeitung vom 12.07.12

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) rechnet vor: „eine Abgabe von 10% auf private Vermögen von mehr als 250.000 (Ehepaare 500.000) Euro würde 230 Milliarden Euro in die Staatskasse spülen. (...) Zahlen müssten dann 4,4 Millionen Menschen. Das entspricht den reichsten acht Prozent der erwachsenen Bevölkerung. Der Staat würde dann auf ihren Geldbesitz wie auch auf ihr Immobilien- oder Betriebsvermögen zurückgreifen.“ **Negativ äußerten sich Wirtschaftspolitiker von Union und FDP: „Der Vorschlag laufe letztlich auf eine Enteignung hinaus.“**

„Der Kapitalismus, das zeigt die historische Erfahrung, bricht nicht von sich aus zusammen, sondern bewegt sich von Krise zu Krise und richtet dabei ungeheure Zerstörungen an, politische wie soziale und ökologische. Er schafft sich nicht selbst, sondern nur humane Lebensbedingungen ab. Angesichts dessen lohnte es sich vielleicht, mal wieder genauer darüber nachzudenken, ob er wirklich die beste aller denkbaren gesellschaftlichen Ordnungen ist.“

Joachim Hirsch 5)

Der Vermögensanteil des obersten **1 Prozent** reicht, obwohl hier nur ein Anteil von 25% des Gesamtvermögens zugrundegelegt ist, um mehr als 30 cm über dieses Papierformat hinaus.

Der Reichtum der 1% ist so groß, dass er alle gesellschaftlichen Dimensionen sprengt.

Die Säulengrafik zeigt die Vermögensverteilung in Deutschland.

Im Gegensatz zu vielen veröffentlichten Darstellungen, wie z.B. die der Bundeszentrale für politische Bildung, ist in dieser Grafik der Vermögensanteil des obersten 1 Prozent kenntlich gemacht. Die reichsten 1% aller volljährigen Deutschen verfügen über 23% bis 40% des Gesamtvermögens. (Da dieses 1 Prozent bekanntlich über viele Möglichkeiten verfügt, sein Vermögen zu verstecken, ist sein Reichtum schwer zu erfassen.) Die Gewinne dieses 1% sind es auch vor allem, die dafür sorgen, dass die vermögendsten 10 Prozent im Zeitraum von 2002 bis 2007 ihren Anteil am Gesamtvermögen als einziges Vermögenszehntel steigern konnten. Bemerkenswert ist auch, dass diese Umverteilung vor allem auf Kosten der drei anderen oberen Vermögensgruppen ging, also jener Gesellschaftsmitglieder, die mehrheitlich die herrschende Wirtschaftspolitik bejahen und unterstützen. 6)

-1,6% 0,0% 0,0% 0,4% 1,2% 2,8% 6,0% 11,1% 19,0% 35%

„... extrem ärgerlich!“

Zynismus oder Dummheit?:

„Eine Ironie der Krise ist, dass wir eine enorme öffentliche Verschuldung haben bei gleichzeitig gewaltigen privaten Überschüssen.“

Tony Blair, britischer Ex-Premier in einem Zeit-Interview August 2012

Quellenhinweise, Tipps zum Weiterlesen:

1)www.freitag.de/autoren/der-freitag/das-volk-billiger-machen;
2)www.zeit.de/wirtschaft/2012-05/sparkurs-europa-kritik;
3)www.stern.de/wirtschaft/news/arbeitslosigkeit-in-den-euro-laendern-auf-rekordniveau-1887401.html;
4)das-blaettchen.de/2012/08/griechische-laeufte-14691.html;
5)www.links-netz.de/K_texte/K_hirsch_zusammenbruch.html;
6)Vgl:www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61781/vermoegenverteilung;

www.attac.de; das-blaettchen.de; www.blaetter.de; www.bo-alternativ.de; www.democracynow.org; www.echte-demokratie-jetzt.de; www.freitag.de; www.labournet.de; www.linksnet.de; www.monde-diplomatique.de; www.pott-umfairteilen.de; www.umfairteilen.de; www.sz-bochum.de; www.occupybochum.de und ein Tip für die Praxis: alsenstrasse.com;

„Extrem ärgerlich“, so Frau Merkel in einem ZDF-Interview, „die einfachen Leute müssen an vielen Stellen diese Dinge jetzt ausbaden“. Hier ein paar Daten darüber, auf welche Weise die „einfachen Leute“ dafür sorgen „müssen“, dass unser Wirtschaftssystem wieder auf die Beine kommt:

Portugal: „Ungeachtet dessen steigt die Mehrwertsteuer auf eklatante 23 Prozent; werden die Abgaben für Gas, Strom und Transport erhöht. Wer im Öffentlichen Dienst oder in Staatsbetrieben angestellt ist, muss auf das 13. Monatsgehalt verzichten. Das Urlaubsgeld für Angestellte ist gestrichen, wenn das Monatseinkommen über 1.000 Euro liegt. Zugleich hat die Regierung die Arbeitslosenbezüge um ein Viertel gekürzt und deren Bezugsdauer halbiert. Überstundenentgelte werden gedeckelt und Löhne eingefroren, zugleich aber Arbeitszeiten im privaten Sektor um zweieinhalb Stunden pro Woche erhöht. All das sind nur einige Beispiele aus einem Katalog der Kaltschnäuzigkeit, der vorrangig dazu dient, das Volk schlichtweg billiger zu machen und dem Staatshaushalt mehr Einnahmen zu verschaffen.“ 1)

„Die europäische Krisenstrategie läuft unweigerlich ihrem ökonomischen und politischen Bankrott entgegen. Ökonomisch beweist die Austeritätspolitik jeden Tag aufs Neue ihr Scheitern. Unter dem akuten Sparzwang verarmen in den Südländern breite Bevölkerungsschichten, die Volkswirtschaften stürzen in tiefe Depressionen und Rezessionen.“ 2)

„Negativrekord am Arbeitsmarkt: Noch nie waren so viele Menschen in den 17 Euroländern ohne Job. Im Juli schlug die Wirtschaftskrise voll auf den Arbeitsmarkt durch und ließ die Zahl der Arbeitslosen auf 18 Millionen Menschen steigen - einen neuen Höchstwert.“ 3)

„Mit der Durchsetzung des ‚Memorandums‘ der Troika wurden seit 2010 die Löhne im Privatsektor in Griechenland um 32 Prozent abgesenkt, im öffentlichen Bereich um bis zu 60 Prozent. Kündigungsschutz und kollektive Tarifverträge wurden weitgehend abgeschafft. Gemäß Memorandum wurden die Unternehmenssteuern von 40 auf 20 Prozent verringert, und sie sollen weiter auf 15 Prozent abgesenkt werden - zum Mantra des Neoliberalismus gehört ja, dass niedrige Unternehmenssteuern gut für ‚die Wirtschaft‘ seien. Im Gegenzug wurde die Mehrwertsteuer von 21 auf 23 Prozent erhöht, für Grundnahrungsmittel von 10 auf 13 Prozent. Das heißt praktisch: die Steuern für die Armen wurde angehoben, die für die Reichen gesenkt.“ 4)